

## Für mich bitte im Nordend!

CDU: „Wohneigentum für halb Frankfurt“, FR-Regional vom 15.12.

Was für eine Meldung in diesen düsteren Zeiten. Da kommt Freude auf! Selbstverständlich bin ich dabei. Bestimmt weiß die Redaktion, ob bei der CDU Listen kurieren, in die man sich eintragen kann. Bevorzugt hätte ich Wohneigentum im Nordend. Im Gegenzug würde ich auch eine Petition für die „Grüne Lunge“ unterschreiben. Was für ein Wurf! Wirklich groß gedacht von der CDU im Gegensatz zur SPD mit ihrer kleinlichen Forderung nach Mietstopp und Mietpreisbremse. Das brauche ich dann alles nicht mehr. Einzig was mich noch grübeln lässt, zu welcher Hälfte Frankfurts gehöre ich denn? Hans-Georg Weigel, Frankfurt

### Heureka, das ist eine verblüffende Lösung!

Da hat sich bei der „Partei von Maß, Vernunft und des gesellschaftlichen Ausgleichs“, früher auch als CDU bekannt, unmerklich ein Satiriker bei der Abfassung des Parteiprogramms eingeschlichen. Der perspektivische Vorsatz, auch die Hälfte der in Frankfurt prekär oder teilzeitschäftigten Bewohner in Eigentumswohnungen unterzubringen, ist zwar ehrenwert, die Lösung verblüfft allerdings. Nicht die Eindämmung der Spekulation, das Einfrieren der Bodenpreise oder eine Erhöhung von Löhnen und Gehältern soll das erreichen – nein, ausgerechnet die Nassauische Heimstätte und die ABG, deren ureigene Aufgabe es ist, erschwingliche Mieten für benachteiligte Einkommenschichten zu garantieren, sollen das Wunder vollbringen. Heureka! ABG und Nassauische Heimstätte wandeln ihre Bestandswohnungen in Eigentum um und lösen so das Problem der hohen Mieten und der Wohnungsnot. Folkhart Funk, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/forum-20210111](http://frblog.de/forum-20210111)

Übersicht über die Themen: [frblog.de/aktuell](http://frblog.de/aktuell)

## Digitale Konzepte gibt es nur auf dem Papier

Schule in der Pandemie: „Schwung durch digitale Konzepte“ und „Lernen kaum möglich“, FR-Regional vom 6. und 7. Januar

### So werden Schulen nicht fit für modernes Lernen

Mir scheint nach Lektüre des Gastbeitrages von Armin Schwarz, des schulpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, dass er und ich auf ganz unterschiedlichen Planeten leben.

Wir haben/hatten vier Kinder an Frankfurter Schulen (Grundschule und Gymnasium). Für uns stellt sich die Corona-Situation an den Schulen folgendermaßen dar: Bis zum Beginn der Pandemie gab es keine digitalen Lernkonzepte. Mit dem Versuch der Umstellung auf Online-Unterricht im ersten Lockdown wurden die Schulen vom Schulumt und dem Kultusministerium allein gelassen. Die Landesinfrastruktur (Schulcloud) ist überlastet, nur ein kleiner Teil der Schulen überhaupt abgeschlossen. WLAN an den Schulen gibt es nicht. Endgeräte für Kinder, die keine zur Verfügung hatten, kamen zu spät und wurden dann zum Teil ohne Betriebssystem oder Office-Paket geliefert. Nur durch den tollen Einsatz einiger sehr aktiver Lehrer\*innen und mit finanzieller Unterstützung der Eltern für die nötige Technik (Webcam etc.) konnten unsere Gymnasialkinder zum Lockdown im Herbst Unterricht per MS Teams nutzen. An der Grundschule weigerte sich der Schulleiter, digitale Formate auch nur anzudeuten, mit dem Argument, es gäbe keinerlei technische Unterstützung von Seiten des Landes. Was einerseits eine Bankrotterklärung ist, andererseits auch stimmt, denn die Schulen bekommen kein IT-Personal zur Verfügung gestellt. Ach ja, und die vielen neu geschaffenen Stellen für Lehrer\*innen: Die sind Symbolpolitik, solange sie nicht besetzt werden können, was insbesondere in Grund- und Hauptschulen der Fall ist.

Digitale Konzepte? Die gibt es für hessische Schulen leider nur auf dem Papier oder auf dem Planeten von Herrn Schwarz. Und wenn das nicht schon deprimierend genug wäre: Mit den Beschlüssen, die sämtliche Verantwortung für den Lernfortschritt ihrer Kinder im Lockdown auf Eltern und Schulträger abwälzen, hat sich die hessische Landesregierung endgültig vom aktiven Gestaltungswillen von Bildung in Pandemiezeiten verabschiedet. „Schulen fit machen für ein modernes und erfolgreiches Lernen und Lehren“? Sicherlich nicht so. Philipp Magiera, Frankfurt

### Offenbar muss der Minister seinen Ruf retten

Obwohl „Der Schutz“ aller Beteiligten in der zynischen Pressemitteilung des hessischen Kultusministeriums betont wird, gehen die Abschlussklassen zurück in die Schule, um dort den Scherbenhaufen des Kultusministers Prof. Lorz zu bewältigen. Während Grundschüler\*innen weiter durchs Homeoffice turnen und ihre älteren Geschwister die Lücken der Digitalisierung ausbessern, heißt es für uns: Abstand halten, Abschluss machen.

Die Lösung für Chancenungleichheit in der Pandemie ist nicht, die Schüler\*innen in überfüllte Klassen zu stecken und von den Lehrer\*innen zu verlangen, sich um Präsenz- und Distanzunterricht zu kümmern. Es ist ganz nett, dass uns die Fähigkeit zugesprochen wird, Abstand zu halten, aber es ist unmöglich, diesen im Schulgebäude dauerhaft einzuhalten. Aber wir lüften fleißig! Es wirkt, als müsse das HKM seinen Ruf retten, so dass wir nicht der „Corona-Jahrgang“ werden. Uns allen ist daran gelegen, den Abschluss zu machen, aber das Leben unserer Mitmenschen ist dann doch etwas wertvoller. Wir sind die Generation, die in der Digitalisierung aufge-

wachsen ist und können es besser als alle anderen. Aber unser Abschluss kann nicht einmal warten, bis bekannt ist, wie sich die Feiertage auf die Fallzahlen auswirken. Eva Plath, Kassel

### Wenn es Probleme gibt, sind wir da

In diesen Pandemiezeiten wird wieder mal deutlich, dass der Lehrer:innenberuf keinerlei öffentliche Wertschätzung erfährt. In der Diskussion um die Schulschließungen geht es immer nur um zwei der drei betroffenen Gruppen: um die Schüler:innen und deren Eltern. Das Risiko, das wir Lehrer:innen tragen, scheint nicht mal der Erwähnung wert.

Schulschließungen sind (bildungs-) politisch nicht gewünscht. Der Gedanke dahinter ist gut nachvollziehbar: Das Recht auf Bildung als hohes und schützenswertes Gut. Unbestritten. Aber unter allen Umständen und mit hohem Risiko für alle Beteiligten, auch für die unterrichtenden Lehrer:innen?! Gibt es da nicht auch die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Bediensteten?! Davon ist nichts zu spüren.

Ewiggestrige meinen wohl immer noch, dass Lehrer:innen einem entspannten Halbtagsjob nachgehen. Die enorme Wandlung dieses Berufes in jeglicher Hinsicht wollte von ihnen nicht wahrgenommen werden. Wir Lehrer:innen sind in dieser Krise für unsere Schüler:innen da, so gut es uns möglich ist. Sie brauchen uns – vielleicht mehr denn je. Gerade deshalb wünschen wir uns, dass auch unser Gesundheitsrisiko mit in die Waagschale geworfen und nicht einfach ignoriert wird. Weil unser Berufsstand es genauso wert ist wie alle anderen auch. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Birgit Schwarzenberg, Oberursel

**Diskussion:** [frblog.de/schulen](http://frblog.de/schulen)

## Kein starkes Argument

Zu: „Kunst ohne Kopierschutz“, FR-Regional vom 4. Januar

Dass heutzutage Kunstwerke mit allen Methoden guter und minderwertiger Reproduktionstechnik abgebildet werden, ist erfreulich – wenn auch nicht immer angemessen. Warum aber ausgerechnet Klopapier als Reproduktionsmedium dienen muss, ist fragwürdig bis ärgerlich. Genauso gut könnte man das Bild des Museumsdirektors auf Klopapier drucken – als Würdigung seiner Verdienste, Kunst den Menschen besonders nahe zu bringen.

Dass vielen Besuchern Kunst auf Klopapier gefällt, ist kein starkes Argument: Der Zeichner Chaval ließ eine seiner griesgrämigen Figuren – hier einen Koch – sagen: Fress Scheiß! Eine Milliarde Fliegen können nicht irren. Uwe Hartwig, Ober-Mörlen

## Ohne Umbau bleibt in Deutschland alles, wie es ist

Verkehrswende: „Die Stadt soll den Autoverkehr verringern“, FR-Regional vom 8. Januar

### Gerümpel in die Garage, Auto auf dem Gehweg

Das Konzept der Verkehrswende für sichere Straßen ist nicht ohne Umbau möglich. Die Bauordnungen in Deutschland sehen zur Erstellung von Wohnhäusern den Nachweis von ausreichenden Stellplatz vor. Warum? Wahrscheinlich weil sonst der Platz zum Parken auf den Straßen nicht reicht. Genau deshalb stehen die Holländer mit ihren Autos in ihren Garagen, auf ihren Grundstücken oder auf kleinen Parkplätzen zwischen den Häusern. So haben sie Platz neben ihren Straßen für die Schwächsten: Radfahrer, Fußgänger und Menschen mit Unterstützungsbedarf.

Und es gibt in Holland – wie bei uns zum Ausbau von Autobahnen auch – Enteignungen. Jede Stadt wird parallel zu den Straßen mit Radwegen ausgestattet – zur Sicherheit der Men-

schen, die mit dem Rad fahren. Eigentlich ganz einfach.

Wir in Deutschland bringen dem Bauamt die Parkplatznachweise, stellen aber nach Fertigstellung der Häuser unser Gerümpel, was wir im Haus nicht haben wollen, in der Garage unter. Die Autos hingegen parken kostenlos auf unseren Straßen oder auf den Gehwegen und nehmen den Schwächsten die für sie geschaffenen Schutzräume weg. Das ist kein Konzept zur Organisation von Radwegen. Wir räumen doch in unseren Wohnungen auch die Socken in den dafür vorgesehenen Schrank! Die Politik nimmt eher die steigenden Zahlen von verletzten und toten Radfahrern in Kauf, ehe sie, wie Herr Oesterling, sich mit den „Starken“ anlegt, zweckentfremdete Garagen z.B. für die Autos nutzt, mehr Halteverbote für Radwege installiert, Einbahnstraßen einrichtet, Spuren wegnimmt. Ohne Umbau

wie in Holland, Kopenhagen, Paris, Lyon, Madrid, bleibt alles in Deutschland, wie es ist – mit verletzten und getöteten Radfahrern jeden Tag. Ist das gewollt? Birgid Oertel, Hattersheim

### Konkurrenzlos preiswert auf Kosten der Innenstädte

Der Versuch, die Städte dem Autofahrer zu vergraulen durch Radfahrförderungen und unverhältnismäßige Parkhausgebühren ist ein Teil des Problems – denn Einkäufe mit dem Fahrrad und durch Benutzung des ÖPNV erfordern Verzicht auf Bequemlichkeit und Freude des Einkaufserlebnisses. Da gibt es eine anscheinend vom Staat geförderte Bequemlichkeitsalternative, die gerade in Coronazeiten von frustrierten Stadtbesuchern angenommen wird: Online-Anbieter wie Amazon und Zalando kann man bequem vom Sofa aus zum Einkauf benutzen.

Das ist konkurrenzlos preiswert – die bezahlen in Deutschland mit offensichtlich politischer Duldung keine Steuern. Und die Corona-Angst des Stadtbesuches ist auch vermieden. Diese Online Anbieter melden gegenüber dem Vorjahr 30 bis 40 Prozent Umsatzsteigerung. Die Opfer dieser eingeräumten Bequemlichkeit sind die Innenstädte, die großen Warenhäuser und die persönlich geführten Einzelhändler die für die Lebendigkeit der Städte notwendig sind. Eine politische Duldung dieser Steuerungleichheit ist verwunderlich wie die Wehrlosigkeit der Betroffenen, die von den Industrie und Handelskammern offensichtlich hilflos vertreten werden. So sind die 40 Millionen für Innenstädte so lange in die Luft geblasen, wie steuerfreie Konkurrenz und Fehlentwicklung beim Verkehr uneingeschränkt weiter bestehen. Wulf Schmiedeknecht, Oberursel